

ONLINE-PUBLIKATION

Klaus Meschkat

Das Vorbild kennen, um es nicht zu wiederholen

**Die Russische Revolution
von 1917 und die latein-
amerikanische Linke**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

KLAUS MESCHKAT ist Soziologe und Historiker. Er war unter anderem Professor an der Universidad de Antioquia in Kolumbien (1969/70) und trat 1973 eine Professur an der Universidad de Concepción in Chile an. Beim Putsch kurz darauf ließ ihn die Militärregierung unter General Pinochet festnehmen und auf der Insel Quiriquina einsperren. Schließlich wurde er ausgewiesen. Zurück in Deutschland war er bis zu seiner Pensionierung Professor für Soziologie an der Universität Hannover mit dem Schwerpunkt Lateinamerika. Ein Interview mit ihm findet sich hier: <http://rosaluxspba.org/de/klaus-meschkat-chile-1973/>.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 13/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juli 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

KLAUS MESCHKAT

DAS VORBILD KENNEN, UM ES NICHT ZU WIEDERHOLEN

DIE RUSSISCHE REVOLUTION VON 1917 UND DIE LATEINAMERIKANISCHE LINKE

Als die aus dem Exil zurückgekehrten Führer der Bolschewiki Anfang November 1917 mit einem bewaffneten Umsturz in Petrograd an die Macht gelangten, verstanden sie sich als Vorhut einer unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution. Die Russische Revolution sollte deren Auftakt sein, und dies allein rechtfertigte die Eroberung der Regierungsgewalt im Namen eines Proletariats, das in Russland selbst erst eine kleine Minderheit der Bevölkerung darstellte. Zunächst richteten sich die weltrevolutionären Hoffnungen recht «eurozentrisch» auf das Proletariat der industriell entwickelten Länder, in erster Linie auf Deutschland. Die außereuropäische Welt kam dabei anfangs wenig in den Blick, und erst nach dem Scheitern proletarischer Revolutionen in West- und Mitteleuropa erhielt das revolutionäre Potenzial nationaler Befreiungsbewegungen in den Kolonien und Halbkolonien für die Bolschewiki eine stärkere strategische Bedeutung. Verständlicherweise wandten sie sich dabei erst einmal den «Völkern des Ostens» als Teil oder in unmittelbarer Nachbarschaft des russischen Großreichs zu, während Lateinamerika lange Zeit nicht nur geografisch sehr fern lag.

Dabei hatte in Mexiko noch vor der Oktoberrevolution eine der großen Revolutionen des 20. Jahrhunderts begonnen. Ihr Echo war aber im Europa des Ersten Weltkriegs mit seinen unmittelbaren Nachwirkungen wenig hörbar, während in Mexiko der radikalere Flügel der Revolution durchaus die weltgeschichtliche Bedeutung der Russischen Revolution wahrnahm und eine Verbindung herzustellen suchte. So schrieb Emiliano Zapata im Februar 1918 an einen Freund: «Viel würden wir gewinnen, viel gewönne die menschliche Gerechtigkeit, wenn alle Völker unseres Amerikas und alle Nationen des alten Europas verstünden, dass die Sache des revolutionären Mexikos und die Sache Russlands die Sache der Menschheit sind, das höchste Interesse aller unterdrückten Völker.»¹ Zapata sprach im selben Brief von der «sichtbaren Analogie, dem ausgeprägten Parallelismus, der absoluten Gleichartigkeit zwischen der russischen Bewegung und der Agrarrevolution in Mexiko». Auch der Theoretiker und Aktivist des mexikanischen Anarchismus, Ricardo Flores Magón, sah zur gleichen Zeit im russischen Oktober den Beginn einer großen Weltrevolution.

Nicht nur in Mexiko wurde die Botschaft aus Petrograd in ähnlicher Weise aufgenommen – der Sturz der alten Ordnung in Russland war eine Ermutigung für die Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder, sich überall gegen die überkommene Herrschaft zu erheben. In den ersten Nachrichten über die russischen Sowjets fanden insbesondere die Anarchisten und Anarchosyndikalisten in mehreren lateinamerikanischen Ländern eine Bestätigung ihrer eigenen Doktrin. Die anfängliche Begeisterung schlug allerdings in Enttäuschung und Distanzierung von den Bolschewiki um, als deren rein instrumentelles Verhältnis zur Rätedemokratie zutage trat – endgültig nach der militärischen Zerschlagung der Kommune von Kronstadt im März 1921. Zu diesem Zeitpunkt wandte sich auch der mexikanische Anarchist Ricardo Flores Magón mit scharfen Worten gegen die «Diktatur von Lenin und Trotzki».²

Unmittelbarer und früher als in anderen Ländern Lateinamerikas machten sich die Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution in Argentinien bemerkbar. Schon wegen des großen Umfangs der späten Einwanderung aus Europa, vor allem aus Italien und Spanien, in geringerer Zahl auch aus Deutschland, England und Russland, war das Land stärker an Europa orientiert, auch in seiner frühen Arbeiterbewegung. Bei den inneren Auseinandersetzungen in der 1896 gegründeten Sozialistischen Partei ging es 1916 um den Kriegseintritt Argentiniens an der Seite der Entente gegen die Mittelmächte, der von der reformistischen Parteiführung befürwortet wurde. Die parteiinterne Opposition, die analog zu den Kriegsgegnern in Europa eine Beteiligung am imperialistischen Krieg ablehnte, spaltete sich als Internationale Sozialistische Partei (PSI) ab und wurde nach der Oktoberrevolution zur Keimzelle der Kommunistischen Partei (KP) in Argentinien.

¹ Zitiert nach Spenser, Daniela/Ortiz Peralta, Rina: *La Internacional Comunista en México: Los primeros Tropiezos. Documentos, 1919–1922*, Mexiko-Stadt 2006, S. 23. Übersetzung dieses Zitat und der folgenden Zitate durch den Autor.

² Ebd., S. 25.

DIE OKTOBERREVOLUTION ALS TEIL EINER WELTUMSPANNENDEN BEWEGUNG DER ERNEUERUNG

Bei diesen Konflikten spielten einige progressive Intellektuelle eine Rolle, die nicht nur in der zunächst mitgliederschwachen KP Gehör fanden. Sie waren auch Wortführer der Universitätsreform von Cordoba des Jahres 1918, die ausgehend von einer argentinischen Provinzstadt bald in ganz Lateinamerika ein Echo fand. Mit der Forderung nach einer durchgehenden Demokratisierung der Universität wusste man sich im Einklang mit einer weltweiten Bewegung gegen alle überkommenen Autoritäten – als Konsequenz aus den Schrecken des von den Herrschenden inszenierten Weltkriegs. Die russische Oktoberrevolution war aus dieser Sicht mehr als die Machtergreifung einer Gruppe von Revolutionären, sie schrieb sich vielmehr «ein in eine weltumspannende politisch-kulturelle Bewegung der Erneuerung von Idealen und Werten, gegen die sich halsstarrig die alten Gespenster erheben, Gespenster der Routine, der Abrichtung, der Furcht vor dem Neuen, der Lüge, der Ignoranz, des Konventionalismus».³

Wenn Jorge Ingenieros, damals einer der einflussreichsten linken Intellektuellen in Argentinien, offen seine Sympathien für Lenin und Trotzki bekannte, so sah er in der Oktoberrevolution vor allem einen konsequenten Bruch mit einer alten Ordnung, gewissermaßen ein kulturevolutionäres Phänomen, das man auch ohne genaue Kenntnis der Ereignisse in Russland von ferne bewundern konnte. In ähnlicher Weise bezogen sich auch andere Wortführer der Universitätsreform auf das russische Vorbild.⁴

In der frühen Arbeiterbewegung Lateinamerikas gab es aber Individuen und Gruppierungen, die sich den Bolschewiki nicht nur auf dem Wege der Idealisierung eines fernen Vorbilds annähern wollten. Sie suchten eine reale Beziehung zu Russland – sei es zu selbsternannten oder von Moskau autorisierten Sendboten der Russischen Revolution, die sich als Zeugen des fernen Geschehens anboten, sei es durch eigene Reisen in ein Land, das als Zentrum der Weltrevolution wahrgenommen wurde. Und die Führer der Bolschewiki wollten diesen Hoffnungen auf eine Revolution nach ihrem Vorbild organisatorisch entgegenkommen.

SPÄTE INTEGRATION IN DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Instrument der Weltrevolution sollte nach dem Willen Lenins und seiner Anhänger die Kommunistische Internationale sein, nach ihrem Selbstverständnis die einheitliche Partei des internationalen Proletariats, der formal selbst die russischen Bolschewiki ein- und untergeordnet waren. Ihre Gründung im Januar 1919 fand noch ohne Beteiligung lateinamerikanischer Delegierter statt, und selbst auf dem 2. Komintern-Kongress 1920 war lediglich Mexiko repräsentiert und damals auch nur durch den Inder M.N. Roy und einen US-Amerikaner, die für Mexiko auftraten. Auf der vom Kongress gebilligten Liste der 20 nicht-russischen Mitglieder des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) findet sich kein einziger Lateinamerikaner.⁵

Auf diesem 2. Kongress wurden jene berühmt-berüchtigten 21 Bedingungen für die Aufnahme von Parteien in die Kommunistische Internationale beschlossen, die in der Folgezeit selbstverständlich auch für Aufnahmeversuche aus Lateinamerika verbindlich waren und zahlreiche Konflikte hervorriefen. Sie verlangten eine Ausrichtung der Komintern-Struktur am «demokratischen Zentralismus» der Bolschewiki, der eine Vorherrschaft der zentralen Exekutive sicherte, bis hin zu ihrem Recht, ganze Ländersektionen auszuschließen. Festgelegt wurden auch der unerbittliche Kampf gegen politische Konkurrenten in der Arbeiterbewegung, vor allem gegen die Reformisten aller Schattierungen, sowie die Verpflichtung zum Aufbau einer parallelen illegalen Struktur und die Durchführung regelmäßiger Parteisäuberungen.

Was eine Orientierung am Beispiel der russischen Oktoberrevolution über die Einhaltung von Organisationsregeln hinaus für die lateinamerikanischen Kommunisten bedeuten könnte, kam auf den ersten Kongressen der Komintern wenig zur Sprache. In einem Dokument des EKKI vom Januar 1921 «Über die Revolution in Amerika. Aufruf an die Arbeiterklasse der beiden Amerika» wurde Lateinamerika aber bereits in einen Zusammenhang mit der Globalstrategie des aufsteigenden US-Imperialismus gestellt: Trotz formaler Unabhängigkeit habe sich Südamerika als Quelle von Rohstoffen, von billiger Arbeitskraft und als Absatzmarkt zunehmend in eine Kolonie der Vereinigten Staaten verwandelt. Dagegen müssten die Kommunistischen Parteien ein revolutionäres Bündnis der zahlenmäßig schwachen Arbeiterschaft mit der Masse der armen Bauern und Landarbeiter zustande

3 So zusammenfassend mit Zitaten von José Ingenieros bei Kohan, Nestor: Ni Calco ni Copia. Ensayos sobre el Marxismo Argentino y Latinoamericano, Buenos Aires 2000, S. 46.

4 Siehe ebd., S. 43–99. Ausführlicher zur Universitätsreform von Córdoba und ihren internationalen Bezügen mit Texten der Protagonisten: Portantiero, Juan Carlos: Estudiantes y Política en América Latina. El proceso de la reforma universitaria (1918–1938), México-Stadt 1978.

5 Nollau, Günter S.: Die Internationale, Köln 1959, S. 55 f.

bringen. «Die Revolution des Proletariats und der armen Bauernschaft in jedem beliebigen Land Südamerikas wird sofort die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten provozieren, was wiederum die Intervention des Proletariats der USA nötig macht.»⁶ In einer Resolution des 4. Weltkongresses der Komintern von 1922 erscheinen ebenfalls nur die Arbeiterklasse und die Bauern als revolutionäre Klassen, die Bourgeoisie der einzelnen Länder Südamerikas sah man mit dem US-amerikanischen Imperialismus untrennbar verbunden. «Kämpft gegen eure eigene Bourgeoisie und ihr kämpft gegen den Yankee-Imperialismus, der den Kulminationspunkt der kapitalistischen Reaktion darstellt.»⁷

Hier wird den Kommunisten Lateinamerikas eine Frontstellung nahegelegt, die jeden Kompromiss mit der Bourgeoisie ausschließt – analog zu Lenins Positionierung 1917 und sehr im Gegensatz zur späteren Konstruktion einer «nationalen Bourgeoisie» im offiziellen Sowjetmarxismus. Im Tätigkeitsbericht der Exekutive der Komintern für 1925/26 kam die Spezifizierung hinzu, dass die dem Imperialismus dienenden Bourgeoisie-Fraktionen eine Stütze der US-amerikanischen oder auch der englischen Interessen sein könnten. Ab 1927 ging die Komintern von einer Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptmächten aus. Diese werde in einen neuen großen Krieg münden, der auch in Lateinamerika ausbrechen könne, wo das englische und das nordamerikanische Kapital noch um ihre Einflussbereiche kämpften. Ein neuer großer Krieg würde den Revolutionären Lateinamerikas neue Möglichkeiten eröffnen – so wie der vergangene Weltkrieg den Bolschewiki.

LATEINAMERIKA UND DER 6. WELTKONGRESS DER KOMINTERN

Diese Annahme eines unmittelbar bevorstehenden neuen Weltkriegs brachte zehn Jahre nach der Oktoberrevolution gerade Lateinamerika als dessen möglichen Schauplatz in den Blick der Komintern und führte 1928 zu seiner «Wiederentdeckung» auf dem 6. Weltkongress. Inzwischen hatten im Komintern-Apparat Funktionäre, die selbst gar nicht Lateinamerikaner waren, solide Kenntnisse über den Subkontinent erworben. Herausragend war der Schweizer Jules Humbert-Droz, der seit 1921 in der Komintern-Zentrale arbeitete und im Sekretariat auch für Lateinamerika zuständig war. Auf der Sitzung des 6. Komintern-Kongresses über Fragen der lateinamerikanischen Länder arbeitete er erneut deren halbkolonialen Charakter heraus und analysierte die Folgen des Konkurrenzkampfes zwischen England und den USA um die Vorherrschaft. Es sei schon mit Blick auf Zentralamerika ein Irrtum, den USA eine konsequente Unterstützung liberaler Bewegungen gegen den Großgrundbesitz zuzuschreiben, während England dessen Widerstand gegen eine aufstrebende industrielle Bourgeoisie begünstigt habe. Die Industriellen seien meist selbst Großgrundbesitzer und zudem vom Auslandskapital abhängig, ihr Bestreben nach einer eigenständigen industriellen Entwicklung sei reine Fiktion. In Anlehnung an die Vorstellungen Lenins hielt Humbert-Droz das Bürgertum für unfähig, seine eigene, die bürgerlich-demokratische Revolution durchzusetzen, diese Aufgabe falle dem Proletariat und seiner Partei zu.

Der 6. Komintern-Kongress 1928 war der erste und letzte, auf dem grundlegende Probleme der Revolution in Lateinamerika dargelegt und kontrovers diskutiert wurden. Zehn Monate später trat in Buenos Aires die erste Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas zusammen. Als Vertreter der Komintern reiste noch Jules Humbert-Droz nach Argentinien – obwohl er zuvor als Anhänger Bucharins von Stalin entmachtet worden war und kurz darauf auch seinen Sitz im Präsidium der Komintern verloren hatte.⁸ Das Referat von «Luis» (Pseudonym für Humbert-Droz) wurde auch von dem sonst sehr kommunistuskritischen Historiker Boris Goldenberg positiv gewürdigt. Er betrachtete es als «eine intellektuelle Spitzenleistung des Kommunismus in Bezug auf die Probleme des Erdteils, die seither nicht wieder erreicht worden ist.»⁹ Humbert-Droz knüpfte an seine frühere Analyse der Folgen wirtschaftlicher Abhängigkeit an, präzisierte und vertiefte aber die Klassenanalyse, vor allem in Hinblick auf die Landarbeiter. Er rechnete die große Masse der in der Landwirtschaft Beschäftigten dem Proletariat zu und konnte dadurch mit einer erheblich verbreiterten Basis für die soziale Revolution in Lateinamerika argumentieren.

Die Möglichkeit einer Wiederholung der Oktoberrevolution wurde in Buenos Aires besonders ausführlich diskutiert, und zwar in Bezug auf Kolumbien. Wenige Monate zuvor hatte in der Bananenzone von Santa Marta, einer imperialistischen Enklave, ein großer Streik stattgefunden. Seine Reichweite und die Gründe für sein Scheitern wurden in Anwesenheit und unter Beteiligung maßgeblicher Vertreter der Revolutionär-Sozialistischen

6 Löwy, Michael: *Le Marxisme en Amérique Latine de 1909 a nos jours*, Paris 1980, S. 86.

7 Ebd., S. 90.

8 Humbert-Droz hatte den besonderen Hass Stalins auf sich gezogen, weil er sich dessen Eingriff in den Führungsstreit der deutschen KP widersetzte. Dort war Thälmann wegen seiner Begünstigung eines korrupten Gefolgsmanns von seinen Genossen als Parteivorsitzender abgesetzt worden. Stalin machte dies eigenmächtig rückgängig.

9 Goldenberg, Boris: *Kommunismus in Lateinamerika*, Stuttgart 1971, S. 69.

Partei umfassend erörtert.¹⁰ Dabei unternahm der Komintern-Vertreter Humbert-Droz den Versuch, darzulegen, wie im Zuge der kolumbianischen Kämpfe die Bildung von Sowjets möglich gewesen wäre: «Das Wort ist russischen Ursprungs, und ich habe den Eindruck, dass einige Genossen sich vorstellen, dass es eine sehr komplizierte Sache ist, sie zu schaffen. Dass es sich um einen Import aus einem anderen Milieu handelt. Betrachten wir die Sachen praktisch und nehmen wir den Streik der Bananenarbeiter als Beispiel. In Kolumbien existierte ein Streikkomitee von 60 Genossen, Repräsentanten der verschiedenen Sektoren der Zone [...] In seinen Händen konzentrierte sich die ganze Macht des Streiks und in einem bestimmten Moment alle Macht in der Zone [...] Als die Soldaten mit den Streikenden fraternisierten und ihre Waffen offerierten, hätte man Wahlen von Soldatenvertretern zum Zentralkomitee vornehmen können, und in dem Moment, wo die zivile und administrative Gewalt in der Zone verschwunden war, hätte das Streikkomitee entscheiden können, dass alle Macht in der Zone an die Führung des Streikkomitees von Arbeitern und Soldaten übergang. Man hätte die öffentlichen Gebäude besetzen können und in jeder Region, in jedem Zentrum der Zone örtliche Komitees schaffen können, um nicht nur den Streik und die revolutionäre Aktion zu leiten, sondern das ganze öffentliche Leben. Da haben wir das Streikkomitee, das als Sowjet funktioniert und das sich in den Sowjet der Zone verwandelt. Das ist nicht sehr kompliziert.»¹¹

Sowjets dieser Art waren also nicht als Imitation eines russischen Vorbilds zu verstehen, sondern als Ausdruck einer eigenständigen kolumbianischen Bewegung. Dem stand die Unklarheit über die Implikationen eines Zusammengehens mit aufstandsbereiten Teilen der liberalen Militärs entgegen: Anstatt den Augenblick der größten Stärke der eigenen Massenbewegung zu nutzen, wartete man auf eine Revolution von oben, die nach den Rezepten der Konspiration von liberalen Caudillos vorbereitet und durchgeführt werden sollte. Der Rückbezug auf die Russische Revolution sollte nun den kolumbianischen Sozialisten eine Orientierung geben, um die Abhängigkeit von bürgerlichen Putschspezialisten zu überwinden. Die Losung «Alle Macht den Sowjets» ließ sich sinngemäß auf den Aufstand in der Bananenzone übertragen – nicht als Aufruf zur Schaffung künstlicher Gebilde nach fremdem Muster, sondern als Aufgabenbestimmung für bereits existierende Revolutionsorgane in Gestalt der Streikkomitees der Arbeiter und Soldaten.

ZWISCHEN STALINISTEN UND POPULISTEN

Eine solche kreative Rückbesinnung auf die Oktoberrevolution war für einen (in Moskau allerdings schon entmachteten) Komintern-Intellektuellen im Jahr 1929 noch möglich – wohl zum letzten Mal. Gebunden war dies freilich damals an den Glauben an die Aktualität der Revolution, an die reale Möglichkeit, den bevorstehenden nächsten imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln und so mit einer Partei entschlossener Revolutionäre nach Lenins Vorbild an die Macht zu gelangen. Unter dem Vorzeichen des von Stalin zur Etablierung seiner Alleinherrschaft erzwungenen Kurses wurde die Frage nach der Partei des Proletariats noch wichtiger als die nach den Klassenbündnissen und der Rolle der Sowjets, auch auf dem Treffen der lateinamerikanischen Kommunisten. Hier entzündete sich die Parteifrage an der Weigerung der peruanischen Delegierten, ihre sozialistische Partei in «Kommunistische Partei» umzubenennen. Dies war mehr als ein Streit um Worte: Es ging um die durchgreifende Bolschewisierung einer Partei, die von allen ideologisch schwankenden Elementen gesäubert werden musste, bevor sie als Vollmitglied in die Komintern aufgenommen werden konnte. Da der theoretisch versierte Parteigründer José Carlos Mariátegui wegen Krankheit nicht nach Buenos Aires reisen konnte, hatten es die von ihm beauftragten Peruaner schwer, eine schlüssige Gegenposition zu der von den offiziellen Vertretern der Komintern verkündeten Linie darzulegen und zu verteidigen.¹²

Mariátegui, damals der bedeutendste marxistische Denker Lateinamerikas, vertrat das Konzept einer Massenpartei, die sich nicht auf einen Kern bereits erprobter und bewährter Mitglieder beschränken sollte – und wandte sich deshalb gegen die Umbenennung seiner Sozialistischen Partei, weil die Bezeichnung «kommunistisch» schon damals auf neu zu Gewinnende eher abschreckend wirken konnte. Diese Meinungsverschiedenheit änderte aber nichts daran, dass er eine proletarische Klassenpartei für notwendig hielt und bereit war, sich der Komintern-Disziplin zu fügen.¹³ Dies unterschied ihn grundlegend von seinem großen Gegenspieler Haya de la Torre, der als Studentenführer in Peru Sprecher der Universitätsreformbewegung geworden war und als Organisator von Volksuniversitäten mit Mariátegui gemeinsame Erfahrungen teilte. Von den bestehenden kommu-

10 Zu den Einzelheiten siehe Meschkat, Klaus: *Marxismus in Kolumbien. Zum Verhältnis von Revolutionstheorie und sozialer Bewegung*, Hannover 1980, S. 59–67.

11 *El Movimiento Revolucionario Latinoamericano. Versiones de la Primera Conferencia Comunista Latinoamericana*, Buenos Aires 1929, S. 93.

12 Eine kurzgefasste Darstellung der Streitpunkte und Diskussionen auf der Konferenz in Buenos Aires findet sich in der Einleitung der Herausgeberin Eleonore von Oertzen: José Carlos Mariátegui. *Revolution und peruanische Wirklichkeit. Ausgewählte politische Schriften*, Frankfurt am Main 1986.

13 Siehe dazu Mothes, Jürgen: *Lateinamerika und der «Generalstab der Weltrevolution»*, Berlin 2010, S. 197–237.

nistischen Kleinparteien war Haya aber enttäuscht und bot sich als Führer einer neuen lateinamerikanischen Bewegung namens Amerikanische Revolutionäre Volksallianz (APRA) an, die er 1924 im mexikanischen Exil gründete. Die APRA sollte mit ihrer antiimperialistischen Zielsetzung klassenübergreifend sein und vor allem auch das Kleinbürgertum einschließen.

1925 hielt sich Haya de la Torre längere Zeit in Sowjetrußland auf und suchte eine Annäherung an die Komintern-Führung.¹⁴ Auch er bezog sich wiederholt auf Lenin und das Vorbild der Oktoberrevolution, er teilte das Lenin'sche Konzept der Partei als diszipliniertes Werkzeug zur Eroberung der Macht. Der unentbehrliche Führer einer länderübergreifenden Revolution war aber nun nicht mehr in Rußland zu suchen – Haya de la Torre selbst wollte das Haupt einer kleinen Gruppe entschlossener Kämpfer sein, die den revolutionären Bruch mit der alten Ordnung auf dem Subkontinent vorbereiten sollten. «Wir dürfen den Mut nicht verlieren: Fünf Russen haben die Welt erschüttert. Wir sind zwanzig und können Lateinamerika in Aufruhr versetzen.»¹⁵ Getragen von solchem Selbstbewusstsein wurde Haya de la Torre zum ersten Protagonisten des lateinamerikanischen Populismus, mit der Proklamation eines eigenständigen Antiimperialismus, der sich nicht einem Moskauer Zentrum unterordnen wollte.

Während die APRA mit Beginn der 1930er Jahre zu einer Massenpartei aufstieg, blieben die Anhänger der Kommunistischen Internationale in den meisten lateinamerikanischen Ländern isoliert. Die «Linkswende» Stalins mit der Losung «Klasse gegen Klasse» war vor allem durch die inneren Auseinandersetzungen in der russischen Partei um die Ausschaltung der als rechte Abweichler gebrandmarkten Bucharin-Anhänger motiviert. Dies führte zu der Diffamierung aller Gegner als «Sozialfaschisten» – in Deutschland mit der katastrophalen Folge, dass ein Zusammengehen mit der SPD gegen die Nazigefahr nicht zustande kam. Auch in Lateinamerika wurden im Namen proletarischer Reinheit vorzugsweise «Reformisten» und «Kleinbürger» als «Sozialfaschisten» angegriffen, so auch die APRA, die ihrerseits mit einer verschärften antikommunistischen Polemik reagierte.

Rein fiktiv war die Vorstellung, dass sich durch einen Krieg zwischen den imperialistischen Großmächten England und USA in Lateinamerika eine Konstellation ergeben könnte, die ein Jahrzehnt nach dem Umsturz der Bolschewiki einen revolutionären Durchbruch nach dem Muster der Oktoberrevolution ermöglichen würde. Mit dem Sieg Stalins über seine Gegner wurde auch der Vorrang der Weltrevolution de facto aufgegeben. Fortan ging es den kommunistischen Parteien in aller Welt in erster Linie um die Verteidigung der Sowjetunion als des ersten und für lange Zeit einzigen sozialistischen Staates. Am Vorbild der Revolution der Bolschewiki hielten sie nur in einem, allerdings zentralen Punkte fest: Unverzichtbar sei eine monolithische Partei des Proletariats, nach den Regeln des demokratischen Zentralismus aufgebaut und einzig durch ihre strikte Disziplin befähigt, unter einheitlicher Führung überhaupt politisch zu intervenieren.

Anfang der 1930er Jahre machte die Losung «Klasse gegen Klasse» jede klassenübergreifende Bündnispolitik unmöglich, zum Schaden kommunistischer Parteien, die sich nach hoffnungsvollen Anfängen zu Sekten reduziert sahen. So konnten zum Beispiel die kolumbianischen Kommunisten 1930 nicht begreifen, weshalb es auch den Arbeitern wichtig war, die jahrzehntelange konservative Vorherrschaft zu beenden und deshalb bei den Präsidentschaftswahlen dem liberalen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Und als sich der Führer einer linksliberalen Abspaltung, Jorge Elicier Gaitan, mit einem sozialdemokratisch gefärbten Reformprogramm als Alternative präsentierte, wurde er sogleich als Sozialfaschist zum Hauptfeind erklärt. An eine revolutionäre Offensive nach dem Vorbild der Oktoberrevolution war in den frühen 1930er Jahren nirgends in Lateinamerika zu denken – mit Ausnahme des blutig niedergeschlagenen Aufstands in El Salvador 1932, der allerdings nicht von der Komintern angeleitet worden war.

WENDE ZUR VOLKSFRONT

Eine Korrektur dieser Generallinie der Komintern ging aber nicht von einer Analyse zahlreicher Misserfolge in Lateinamerika aus, sondern von dem Interesse der Sowjetunion, nach der Machtergreifung Hitlers breite Bündnisse gegen den Faschismus unter Einschluss antifaschistischer Sektoren des Bürgertums zustande zu bringen. Auf dem 7. (und letzten) Weltkongress der Komintern 1935 wurde die neue Volksfrontlinie für verbindlich erklärt: Auch in Lateinamerika sollten nun die Kommunisten Volksfrontregierungen anstreben, die von den Kommunisten unterstützt oder mitgetragen werden sollten. Dies bedeutete den Verzicht auf Versuche, nach dem Vorbild der Oktoberrevolution durch einen bewaffneten Umsturz die Macht zu erobern. Eine Ausnahme war lediglich Brasilien, wo 1935 mit Unterstützung der Komintern ein Aufstand gegen den populistischen Prä-

¹⁴ Siehe ebd., S. 239.

¹⁵ Haya de la Torre an Eudocio Ravines, 17.10.1926, zitiert nach Oertzen: José Carlos Mariategui, S. 39.

sidenten Getulio Vargas versucht wurde, der allerdings schon in seinen Ansätzen scheiterte und sogar zur Konsolidierung eines autoritären Regimes führte.¹⁶ In anderen Ländern wie zum Beispiel in Kolumbien stützten die Kommunisten unter Berufung auf die Volksfrontlinie bürgerlich-liberale Regierungen und verloren dabei zunehmend den Spielraum für eigenständiges Handeln.¹⁷ Nur in Chile kam es 1938 zur Bildung einer Volksfront-Regierung nach europäischem Muster, deren Bilanz allerdings durchaus zwiespältig ist.¹⁸

Die zunächst taktisch erscheinende Wende zur Klassenkooperation unter antifaschistischen Vorzeichen erhielt im Marxismus-Leninismus Stalin'scher Prägung eine allgemeine Begründung: In den kolonialen und halbkolonialen Ländern könne sich nur eine demokratisch-nationale Revolution in Etappen vollziehen, die zunächst einen Block von Proletariat, Bauern, Kleinbürgertum und nationaler Bourgeoisie an die Macht bringen müsse. Eine solche Preisgabe der Positionen Lenins von 1917 blieb mit mancherlei Varianten für die an Moskau orientierten kommunistischen Parteien auch in Lateinamerika bis zum Ende der Sowjetunion gültig. Erste Priorität hatten immer die Verteidigung der Sowjetunion und die Erweiterung ihres Einflussbereichs, der als entscheidend für das Fortschreiten des Sozialismus angesehen wurde. Dies führte zu einem gehorsamen Nachvollzug aller Manöver sowjetischer Außenpolitik, etwa auch in den beiden Jahren des Stalin-Hitler-Pakts zwischen dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem Überfall auf die Sowjetunion, als die antifaschistische Begründung der Komintern-Politik plötzlich wegfiel. Anschließend wollte Stalin unter dem Vorzeichen der Anti-Hitler-Koalition den Verzicht auf weltrevolutionäre Ambitionen besonders glaubhaft machen, als er 1943 die Auflösung der Kommunistischen Internationale verfügte.

DIE UMERZIEHUNG DER LATEINAMERIKANISCHEN KADER

Schon vorher hatte sich das Stalin-Regime vom personellen Vermächtnis der Oktoberrevolution sichtbar getrennt, als fast alle bedeutenden Weggefährten Lenins in der Oktoberrevolution in den Schauprozessen von 1936 bis 1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, darunter die früheren Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Komintern, Sinowjew und Bucharin. Trotzki, der Organisator des Oktoberumsturzes und später der Roten Armee, wurde von Stalin ins Exil getrieben und 1940 in Mexiko von einem stalinistischen Agenten ermordet. Stalin konnte sich in Russland als einzig legitimer Erbe Lenins präsentieren, und die kommunistischen Parteien Lateinamerikas folgten seiner Verfälschung der Revolutionsgeschichte.

Seit dem Ende der 1920er Jahre war eine Reihe lateinamerikanischer Revolutionäre in der Lenin-Schule der Komintern im Stalin'schen Geiste umerzogen worden.¹⁹ Der Kolumbianer Ignacio Torres Giraldo hat nach seiner Rückkehr nach Kolumbien seine Erinnerungen an 50 Monate in Moskau zu Beginn der 1930er Jahre niedergeschrieben, die zeigen, wie stark auch ihn diese Zeit geprägt hat: die Verherrlichung Stalins, gepaart mit der Verteufelung seines großen Widersachers Trotzki, die zustimmende Schilderung der ersten Schauprozesse, die problemlose Distanzierung von dem für Lateinamerika zuständigen einstigen Vorgesetzten Sinani, der später als angeblicher trotzkistischer Agent liquidiert wurde.²⁰ Das Fehlen jeder Kritik an den Stalin'schen Säuberungen mag bei Torres Giraldo und anderen damit zusammenhängen, dass keiner der damals in Moskau lebenden lateinamerikanischen Kommunisten den Repressionen zum Opfer gefallen ist – ganz anders war es bei den Deutschen und besonders bei den Führungskadern der polnischen KP, von denen die meisten den Stalin-Terror nicht überlebt haben.

Für die Kommunisten der Volksfront-Ära waren erklärt bürgerliche Bündnispartner leichter zu akzeptieren als populistische Massenführer, die ihnen auf dem Kampffeld der sozialen Gerechtigkeit Konkurrenz machen wollten. Solche Konkurrenten wurden im Nachklang der zuvor geltenden Sozialfaschismus-Anklage gern als faschistisch etikettiert, sie hatten aber oft den größeren Erfolg bei der Mobilisierung der proletarischen Massen. Besonders eindrucksvoll trat dies in Argentinien zutage, als Juan Domingo Perón zunächst in einem Militärregime und dann als gewählter Präsident für die Bevölkerungsmehrheit erhebliche wohlfahrtsstaatliche Verbesserungen durchsetzen konnte. Damit gewann er die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse, die über Jahrzehnte peronistisch blieb, während die argentinische KP eine zahlenmäßig unbedeutende Minderheit darstellte, in den Gewerkschaften wie auch bei allgemeinen Wahlen.

Trotz der immer wiederholten Berufung auf Lenin konnten die an Moskau orientierten kommunistischen Parteien Lateinamerikas ihre Monopolstellung als Erben der Oktoberrevolution nicht unangefochten behaupten: Auf Lenin beriefen sich ebenfalls die Anhänger Trotzki's, dessen führende Rolle an der Seite Lenins im Jahre 1917

16 Goldenberg: Kommunismus in Lateinamerika, S. 196–217.

17 Meschkat: Marxismus in Kolumbien, S. 89–126.

18 Goldenberg: Kommunismus in Lateinamerika, S. 253–260.

19 Für Kolumbien siehe die Dokumentensammlung *Liquidando el pasado*, hrsg. von Klaus Meschkat und José María Rojas, Bogotá 2009.

20 Torres Giraldo, Ignacio: *Cincuenta meses en Moscú*, Cali 2005.

von keinem ernsthaften Historiker bestritten werden kann, obwohl sie von den Stalinisten geleugnet wird. Die Trotzisten verstanden sich im Gegensatz zu ihren stalinistischen Widersachern immer als die besseren, ja als die wahren Leninisten. Die Geschichte des Trotzismus ist allerdings auch die Geschichte seiner Spaltungen, deren detaillierte Beschreibung an dieser Stelle zu aufwendig wäre. Führende Figuren der 4. Internationale, ihrer widerstreitenden Tendenzen und Spaltungsprodukte waren jedenfalls unter anderen Lateinamerikaner: so die Argentinier Nahuel Moreno und Juan Posadas. Der anfangs einflussreiche Posadas hat sich mit bizarren Thesen zur Notwendigkeit eines Atomkriegs als Vorstufe einer sozialistischen Revolution oder zur Rolle von Außerirdischen bei der Organisierung einer sozialistischen Gesellschaft schnell selbst ins Abseits manövriert. Dagegen findet Moreno auch 30 Jahre nach seinem Tod in der argentinischen Linken noch immer Beachtung. In seinen programmatischen Schriften hatte sich Moreno immer wieder auf die russische Oktoberrevolution bezogen, auch um seine Ablehnung der Guerilla-Strategie zugunsten einer permanenten Mobilisierung der Arbeiterschaft zu begründen.

TROTZKISTISCHER SYNDIKALISMUS IN BOLIVIEN

Hatten die polemischen Auseinandersetzungen zwischen trotzkistischen Kleingruppen oft wenig mit der Realität des betreffenden Landes zu tun, so war dies in Bolivien anders. Hier wirkten Trotzisten führend in den Organisationen der Bergarbeiter mit, sie waren aktiv an der Revolution von 1952 beteiligt. Ihr Einfluss lässt sich am besten an der Biografie von Guillermo Lora ablesen, der in der Revolutionären Arbeiterpartei (Partido Obrero Revolucionario/POR) die Diktatur des Proletariats als Ziel proklamierte und schon 1946 die «Thesen von Pulacayo» verfasste, in denen sich die Bergarbeitergewerkschaft auf einen «trotzkisierten Syndikalismus» festlegte. In der Revolution von 1952 drängte die POR auf eine Verstaatlichung der Minen mit Arbeiterselbstverwaltung, das stehende Heer wurde zeitweise durch Arbeitermilizen ersetzt. Bei einer neuen Radikalisierungswelle im Jahre 1971 war Lora wiederum führend beteiligt an einer kurzlebigen Volksversammlung von Arbeiter- und Bauerndelegierten, die er als ersten Sowjet Lateinamerikas ansah.

Obwohl die sowjetische Führung nach Stalins Tod das Erbe der Oktoberrevolution zu bewahren und fortzuführen vorgab, war die «friedliche Koexistenz» ganz auf eine Stärkung des «sozialistischen Lagers» ausgerichtet, was ein Anknüpfen an Lenin'sche Revolutionsvorstellungen im Grunde ausschloss. So waren es Gruppen außerhalb des an Moskau orientierten Parteikommunismus, von denen neue revolutionäre Impulse ausgingen. Auf theoretischem Gebiet waren es die marxistischen Varianten der Dependencia-Theorie, die mit ihrem Nachweis der Reformunfähigkeit des abhängigen Kapitalismus die Schlussfolgerung nahelegten, dass eine solche Ordnung nur auf dem Wege einer Revolution überwunden werden könne. In der Praxis der kubanischen Revolution wurde dieser Weg tatsächlich beschritten: Eine Gruppe entschlossener Revolutionäre wagte den bewaffneten Aufstand und erreichte den Sturz des herrschenden Regimes – zunächst im Namen der Wiederherstellung der Demokratie. Erst später nach der Fusion dieser Bewegung mit der kubanischen KP wurde ein marxistisch-leninistisches Revolutionsverständnis proklamiert, mit dem obligaten Monopol einer führenden Staatspartei.

Eine Affinität zum Grundmuster der Oktoberrevolution ist jedenfalls eher bei den nach dem Sieg Fidel Castros entstehenden «castristischen» Gruppen festzustellen als bei den Ideologen der vorgeblich sozialistischen Großmacht Sowjetunion oder bei deren chinesischen Rivalen. Auch in der Fokustheorie, der vor allem auf Che Guevara gestützten Kodifizierung der kubanischen Erfahrungen durch den französischen Intellektuellen Régis Debray, findet sich ein solcher Nachklang der Aprilthesen Lenins: Eine Gruppe entschlossener Kämpfer kann den bewaffneten Kampf mit Aussicht auf Erfolg beginnen, auch wenn die objektiven Kräfteverhältnisse dagegen zu sprechen scheinen. Schrankenlose Bewunderung für das erfolgreiche kubanische Vorbild reichte allerdings meist aus, eine Guerilla-Praxis zu begründen, ein Rückgriff auf die Oktoberrevolution schien weit hergeholt und eher entbehrlich. In der Propaganda der chilenischen Bewegung der revolutionären Linken (MIR) zur Allende-Zeit wurde allerdings häufig explizit auf 1917 Bezug genommen. Und in der Erwartung der noch ausstehenden eigenen Revolution dachte man öffentlich darüber nach, in welchem Monat der Russischen Revolution zwischen Februar und Oktober man sich im Chile des Jahres 1973 gerade befinde. Mit dem Pinochet-Putsch wurde diese Revolutions-Zeitrechnung hinfällig.

DIE KEHRSEITE DER VERKLÄRUNG DER SOWJETUNION

1990 begann nach dem Fall der Mauer die Auflösung des großen Imperiums, das aus der Oktoberrevolution hervorgegangen war. In der Linken Lateinamerikas, nicht nur in den an Moskau ausgerichteten kommunistischen Parteien, wurde dies zumeist als Katastrophe und als Scheitern aller Hoffnungen auf einen revolutionären Durchbruch wahrgenommen: Das Ende der Sowjetunion sollte das Ende des Sozialismus bedeuten.

Eine solche kritiklose Übernahme der Terminologie triumphierender bürgerlicher Ideologen war die Kehrseite der vorgängigen Verklärung der Sowjetunion zum Vaterland aller Werktätigen, die im Kommunismus Lateinamerikas seit seinen Anfängen vorherrschend war. Hier noch einmal ein kurzer Rückblick: Schon der Gründer der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Emilio Recabarren, hatte im Februar 1918 über die Oktoberrevolution geschrieben: «Der Traum, die Utopie jener Verrückten, die man Sozialisten nennt, wird heute nicht nur zur Wirklichkeit, sondern auch zur Quelle jeden Fortschritts und des menschlichen Glücks.»²¹ 1922 unternahm Recabarren selbst eine Reise nach Moskau und veröffentlichte im folgenden Jahre einen Erlebnisbericht über das Russland der Arbeiter und Bauern, der die propagandistische Selbstdarstellung der Bolschewiki zustimmend reproduziert und innere Widersprüche ihrer Herrschaft kaum in den Blick nimmt.²² Die Kritik der Anarchisten wird einfach als konterrevolutionär gebrandmarkt, und die wichtigste Lehre der Oktoberrevolution für Chile sollte darin bestehen, dass eine disziplinierte kommunistische Partei auch unter widrigen Umständen einen revolutionären Umsturz zuwege bringen kann. An diesem Glaubenssatz haben die Kommunisten Lateinamerikas immer festgehalten.

Im Jahre 1990 kündigte sich nicht nur das Ende der Sowjetunion an: In Nicaragua, wo ein Jahrzehnt zuvor eine politisch-militärische Organisation den Sturz einer US-hörigen Diktatur erkämpft hatte, mussten die Sandinisten nach einer Niederlage in freien Wahlen die Regierungsgewalt wieder abgeben. Den USA war es durch die Förderung der Contras gelungen, ein Regime zu destabilisieren, das sich nach kubanischem Vorbild sozialistische Ziele gesetzt hatte. Damit zeigte sich eine Grenze für Versuche linker Revolutionäre, auf dem Wege des bewaffneten Kampfes in einem lateinamerikanischen Land die Macht zu erobern und zu behaupten. Die einstweilige Fortexistenz der kolumbianischen Guerilla war kein dauerhafter Gegenbeweis. Auch der opferreiche Bürgerkrieg in El Salvador endete nicht mit dem Sieg der dortigen Guerilla, sondern 1992 mit einem Friedensschluss, der die ökonomischen und sozialen Verhältnisse im Wesentlichen unverändert ließ. Und der Aufstand der Zapatisten in Chiapas 1994 trug bereits neue Züge und orientierte sich nicht mehr am Vorbild der Oktoberrevolution, weil er nicht auf die Eroberung der zentralen Regierungsgewalt gerichtet war.

KROPOTKIN UND CHÁVEZ

Erst um die Jahrtausendwende gab es mit der Wahl progressiver Präsidenten in einer Reihe lateinamerikanischer Länder eine neue Linkswende, deren konjunktureller Charakter sich jedoch gegenwärtig deutlich zeigt. Ob nun Chávez in Venezuela, Lula in Brasilien, Kirchner in Argentinien, Morales in Bolivien oder Correa in Ecuador – sie alle gelangten nicht durch bewaffneten Kampf, sondern über freie Wahlen an die Staatsspitze. Tonangebend war bis zu seinem Tod der 1998 gewählte Hugo Chávez in Venezuela, der sich nach unbestreitbaren Anfangserfolgen ab 2004 dazu verstieg, einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu verkünden – womit sich ein Vergleich zu dem mit der Oktoberrevolution begonnenen Sozialismus des 20. Jahrhunderts aufdrängt. Chávez' Verhältnis zu diesem schweren Erbe war sehr widersprüchlich: Er wusste etwas von der Deformation der Russischen Revolution schon zu Lenins Zeiten und distanzierte sich verbal vom Stalinismus, ja sogar vom Marxismus-Leninismus der KP-Orthodoxie, der ja in Kuba Staatsdoktrin war und ist. Zum anderen aber übernahm er aus dieser Doktrin die Monopolstellung einer Einheitspartei und fügte sich damit in eine von Lenin begründete und über die Stalin-Herrschaft tradierte Tradition des «realen» Sozialismus, mit Kuba als Verbindungsglied. Wenn er sich selbst als Schöpfer und Führer dieser Staatspartei hochstilisierte und ohne Scheu «Chávez» und «Volk» gleichsetzte, gelangte er zu einer Art Verschmelzung des Lenin'schen Parteikonzepts mit den Caudillo-Traditionen Lateinamerikas, wie sie zuvor unter anderen von Perón in Argentinien und von Gaitán in Kolumbien verkörpert worden waren.

An die russische Konstellation von 1917 knüpften in Venezuela die kommunalen «Räte» an, und zwar impliziert ihre Schaffung eine Variante der Strategie der Doppelherrschaft, die Chávez allerdings nicht mehr zum Erfolg führen konnte. Mit den zahllosen kleinen Selbstverwaltungseinheiten an der Basis sollte ein Gegengewicht zu

21 Zitiert nach Ljubetic, Iván: Recabarren y la revolución rusa de 1917, 2007, unter: www.luisemiliorecabarren.cl.

22 Recabarren, Luis Emilio: La Rusia obrera y campesina, Santiago de Chile 1923. Dass eine kritische Sicht Sowjetruslands vonseiten eines linksorientierten ausländischen Besuchers durchaus möglich war, zeigt der heute noch lesenswerte Bericht aus dem Jahre 1920 von Bertrand Russel: Die Praxis und Theorie des Bolschewismus, Darmstadt 1987.

den teilweise noch von traditionellen Parteien beherrschten Institutionen (Parlament, Gouverneure, Gemeindervertretungen) geschaffen werden. Damit wäre auch eine Machtverschiebung zugunsten des Präsidenten erleichtert worden, der dann, getragen von einer quasi rätedemokratisch organisierten Basis, revolutionäre Veränderungen von oben mit Rückhalt von unten leichter hätte durchsetzen können. Zwar wurde von Chávez nicht die Losung «Alle Macht den Sowjets» ausgegeben – seine Strategie zielte aber dennoch darauf ab, die in der Verfassung festgelegte Koexistenz von Elementen repräsentativer und partizipativer Demokratie durch eine reine Rätedemokratie zu ersetzen.

Etwa gleichzeitig mit den kommunalen Räten wurde 2006 auch die Sozialistische Einheitspartei (PSUV) Venezuelas gegründet. Damit kam zwangsläufig auch das Verhältnis von Partei und Räten auf die Tagesordnung, mit Erinnerungen an die Anfänge Sowjetrusslands. Es ist bemerkenswert, dass Chávez selbst auf jene sowjetische Frühzeit zurückkam. In einer großen öffentlichen Rede zitierte er zustimmend einen Brief des russischen Anarchisten Pjotr Kropotkin an Lenin aus dem Jahr 1920, der damals schon beklagte, dass die Parteiherrschaft eine wirkliche Rätedemokratie zerstört habe. Chávez wendete sich an seine Anhänger, in ihrer Mehrheit Mitglieder der eben geschaffenen PSUV, und forderte sie auf, niemals zuzulassen, dass die Partei die Kommunalräte (Consejos Comunales²³) in dieser Weise beherrscht und damit zugrunde richtet.²⁴

Solche von Weitsicht zeugenden Befürchtungen und Appelle mussten allerdings fruchtlos bleiben, weil die real existierenden Kommunalräte unter den Rahmenbedingungen Venezuelas kaum Autonomie für sich beanspruchen konnten. Sie waren eingebettet in ein Wirtschaftsmodell des Extraktivismus, in dem allein die Staatsspitze einen unmittelbaren Zugang zu den wichtigsten Ressourcen des Landes hat und einen Teil davon nach ihrem Gutdünken von oben nach unten verteilen kann. Die Kommunalräte, auch wenn sie vielfach durch Basisinitiativen zustande gekommen sein mögen, sind in erster Linie Empfänger von Subsidien für Projekte, die sie allenfalls im lokalen Bereich demokratisch verwalten können.

Eine subventionierte Rätedemokratie dieser Art hat aber mit den Arbeiter- und Soldatenräten der Russischen Revolution von 1917 nur wenig zu tun. Vor allem hat sie kaum Potenzial, von unten nach oben auf dem Weg der Föderation radikaldemokratische Strukturen zu schaffen, in denen etwa ein Oberster Rätekongress auch die zentrale Regierung einer effektiven Kontrolle unterwerfen und sie für ihre Maßnahmen und Unterlassungen zur Rechenschaft ziehen könnte.

Mit dem Nachdenken über die Lehren der Russischen Revolution von 1917 ist Hugo Chávez, sind auch andere Führer progressiver Regime auf halbem Wege stehengeblieben, nicht nur in Hinblick auf eine Wiederbelebung des Rätegedankens, wo niemand bis zu der Frage gelangt ist, wie nach dem Wegfall parlamentarischer Kontrollinstanzen auf anderem Wege eine Korrektur von Fehlentscheidungen der obersten Staatsführer erreicht werden kann.

Ein Rückblick auf die Oktoberrevolution und die ihr folgende Entwicklung scheint auch für Lateinamerika von großer Aktualität – aber nicht mehr unter dem einst vorherrschenden Gesichtspunkt, welche Rezepte dem Vorgehen der Bolschewiki zu entnehmen sind, um anderswo die Schaltstellen der zentralen Staatsmacht zu erobern. Gewichtiger ist wohl die Frage, wie nach einem erfolgreichen bewaffneten Umsturz oder einem spektakulären Wahlsieg verhindert werden kann, dass die Siegreichen neue Formen von Willkürherrschaft etablieren, die schon den Keim der Selbstzerstörung in sich tragen. Die Geschichte Sowjetrusslands muss auch von der Linken Lateinamerikas studiert werden – um sie nicht zu wiederholen.

23 Siehe auch Antillano, Andres: Populare Macht und bolivarianische Revolution. Was wir von der partizipativen Demokratie in Venezuela lernen können, in: LuXemburg 2/2016, S. 90–97, unter: www.rosalux.de/publikation/id/8612/klasse-verbinden/.

24 Siehe Hugo Chávez: Leyendo la carta de Kropotkin a Lenin (www.youtube.com/watch?v=80hzy-DaiAU).